

## Schweizerische Gesandtschaft

in  
Berlin.

Berlin, den 7. November 1917.

*E.A. ✓  
In Zirkulation ✓  
2 Copie.*

Herr Bundesrat,

Ich will den heutigen Kurier nicht abgehen lassen, ohne in aller Kürze zu berichten, was ich in den zwei Tagen seit meiner Rückkehr aus Bern in Erfahrung bringen konnte.

Ich hatte heute den Besuch eines meiner neutralen Kollegen, der gewöhnlich sehr wohl unterrichtet ist. Dieser erzählte mir, daß nach Mitteilungen, die er erhalten habe, die Verhältnisse in der russischen Armee immer schlimmer werden. Die Mannschaften wollen nicht mehr in ihren Stellungen bleiben und es trete vielfach geradezu eine Abwanderung nach Hause in die Erscheinung; man hege ernstliche Zweifel, ob es überhaupt möglich sei, nach Eintritt der rauhen Winterszeit noch eine einigermaßen schlagfähige Armee zusammenzubehalten.

Diesem Geiste der Zersetzung sollen es denn auch die Deutschen zu verdanken haben, daß ihnen die Besetzung der Inseln im Meerbusen von Riga mit verhältnismässig sehr geringen Opfern ( ca. 180 Mann an Toten und Verwundeten ) gelungen sei.

Der erwähnte Kollege mißt den Vorgängen in Italien für den Endausgang des Krieges zwar sehr grosse Bedeutung bei; jedoch

An

das Schweizerische Politische Departement,

Abteilung für Auswärtiges,

B e r n.

BAR

79



werde auch Italien keinen Frieden schliessen können, weil es finanziell und wirtschaftlich, speziell mit Rücksicht auf die Versorgung mit Lebensmitteln, Kohle und Eisen, sich ganz in den Händen seiner Verbündeten befinde, in deren Macht es liege, das Land von heute auf morgen dem Hunger auszuliefern. An diesen Verhältnissen werde auch nichts ändern, wenn, was durchaus im Bereich der Möglichkeit liege, die Dynastie gestürzt werden sollte.

Auf dem Auswärtigen Amte, wo ich heute abend eine längere Unterredung hatte, wurde mir mitgeteilt, daß man in den nächsten Tagen auf dem italienischen Kriegsschauplatze noch erhebliche Erfolge erhoffe. Die Zahl der italienischen Gefangenen habe nach genaueren Ermittlungen 250 000 überschritten. Dazu komme eine unermeßliche Beute, ganz abgesehen von den Geschützen, auch von weiterem Kriegsmaterial aller Art, Kraftwagen, anderen Fuhrwerken, Eisenbahnmateriale, ungeheuren Mengen von Munition und ganz besonders auch von Nahrungsmitteln.

Mit Bezug auf die Schweiz, auf welche in Anknüpfung an meinen jüngsten Berneraufenthalt die Rede kam, wurde mir wiederum versichert, daß man das vollste Vertrauen in die korrekte Haltung des Bundesrates habe und daß es im Wunsche Deutschlands liege, unser Land so gut als möglich und von woher dies immer geschehe, mit allem Nötigen versorgt zu wissen. Allerdings vertraue man aber auch darauf, daß die besonders von Amerika für die Schweiz in

Gette ankommenden Waren auch wirklich und ausschliesslich der Schweiz zukommen und es dürfe nicht geschehen, daß Frankreich aus Not in irgendeinem Zeitpunkte die Hand auf unsere dortigen Vorräte legen könnte.

Immer und immer wieder klingt in einem Untertone die Befürchtung durch, Amerika werde versuchen, an unsere Versorgung Bedingungen zu knüpfen, die nach und nach und gleichsam ohne daß man sich dessen bewusst werde, eine Beschränkung unserer Selbstbestimmung in sich schliessen.

Lediglich curiositätshalber erwähne ich, daß man mir eine Depesche zeigte, welche dem Auswärtigen Amte dieser Tage aus Genf zugekommen ist. Darin heisst es, daß der Kanton Genf, der bis vor kurzem mit Nahrungsmitteln eher reichlicher versorgt gewesen, als die übrige Schweiz, nunmehr einer der notleidendsten Kantone geworden sei, weil er landwirtschaftlich wenig erzeuge und aus der "Zone", auf welche er angewiesen sei, nichts mehr erhalte. Man höre deshalb auf der Strasse von einem Wunsche nach Besetzung durch Frankreich sprechen, eine Stimmung, welche durch die dortigen Franzosen und besonders die Internierten gefördert werde.

Ich sagte, man werde mir nicht zumuten, daß ich mir auch nur Mühe gebe, eine solche Darstellung zu widerlegen, worauf mir Herr Unterstaatssekretär von dem Bussche sofort versicherte, daß er ebenfalls von der Unrichtigkeit dieser Meldung überzeugt sei;

denn er hätte zu lange in Genf gelebt, um nicht einen ganz andern Begriff von der Mentalität der Genfer Bevölkerung zu erhalten.

Das Verhältnis, in welches der neue Reichskanzler zum Reichstage treten wird, hat sich noch nicht abgeklärt; im Gegenteil scheinen sich nach den heutigen Meldungen neuerdings Schwierigkeiten der verschiedensten Art zu ergeben. Die sogenannten Mehrheitsparteien des Reichstages haben anfänglich dem Grafen Hertling einen sympathischen Empfang bereitet, weil sie der Auffassung waren, er werde nicht nur in der äusseren Politik ( Verständigungsfrieden ) ihre Auffassung vertreten, sondern auch mit Bezug auf ihr innerpolitisches Programm mit sich reden lassen. Hier scheint nun den Mehrheitsparteien der Appetit mit dem Essen gewachsen zu sein, denn sie forderten eine noch stärkere Vertretung in der Reichsregierung und im Preussischen Staatsministerium. So wurde verlangt, daß der fortschrittliche Abgeordnete von Payer anstelle Helfferichs Vizekanzler und der links-Nationalliberale Dr. Friedberg Vizepräsident des Preussischen Staatsministeriums werde. Nachdem Hertling Bedenken trug, diese Aspirationen ohne weiteres zu vertreten, wurde ihm sofort von einem Teil der Mehrheitspresse ( das Zentrum verhält sich aus naheliegenden Gründen noch reserviert ) in schroffster Weise gedroht, daß man ihm die Unterstützung entziehen und damit die Kanzlerkrise wiederum verlängern werde.

Inzwischen hat Friedberg auf die Ernennung zum Vizepräsidenten des Preussischen Staatsministeriums verzichtet, "da von einzelnen Parteien weitere Wünsche in Bezug auf Besetzung höchster Staatsämter gehegt werden, die keine Erfüllung finden konnten". Friedberg glaubt, durch seinen Eintritt in die Regierung keinen Nutzen mehr stiften zu können, "weil allein die Befriedigung dieser Wünsche die Schaffung einer arbeitsfähigen und zuverlässigen Mehrheit im Reichstage gewährleistet hätte." Friedberg schien also nur in die Regierung eintreten zu wollen, wenn von Payer Vizekanzler werde. Da man aber zu zögern scheint, Helfferich fallen zu lassen, verzichtet er. Die Lage ist also neuerdings verworren und es wird erst in den nächsten Tagen eine Abklärung zu erwarten sein.

Soviel ich gestern abend von einem Freunde Hertlings hörte, scheint er die Zuversicht nicht verloren zu haben; er sei guter Laune und mache trotz seines Alters einen sehr frischen Eindruck. Er ließ mir sagen, er hoffe mich bald bei sich zu sehen; ich bin von München her mit ihm bekannt.

Nicht uninteressant ist, daß dem Vernehmen nach, der Kaiser am liebsten wieder Bethmann-Hollweg zurückberufen hätte.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

G. Rappin

*Maag*